

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: **Waldemar Dresden.**  
Verantwortl. Redakteur: **Waldemar Dresden.**  
Druck u. Verlag von **Waldemar Dresden.**  
Postfach-Nummer 1068 Dresden.

**Bezugs-Gebühr** in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M., durch die Post bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 17,50 M., vierteljährlich 52,50 M.  
**Anzeigen-Preise.** Die einspaltige 37 mm breite Zeile 4.— M. Bei Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmitteln, 1 spaltige An- u. Verkäufe 25 % Bezugsgebühr. Einzelnummern 70 Pf. Anz. Ausschüttung: **Waldemar Dresden.**

Schriftleitung und Anstaltsverwalter:  
**Waldemar Dresden.**  
Druck u. Verlag von **Waldemar Dresden.**  
Postfach-Nummer 1068 Dresden.

## Die großen Projekte Lond Georges.

Räumung des Rheinlandes. — Aufbau Rußlands. — Hilfe für Deutschland!

### Vor einer sensationellen Rede des englischen Premiers.

(Wagner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)  
Cannes, 5. Jan. In alliierten Kreisen wird behauptet, daß Lord George verschiedene Mitglieder seines Kabinetts und auch einige seiner politischen Freunde an die Riviera geladen habe. Er soll die Absicht haben, seine geheimnisvoll angekündigte Rede in der morgigen Sitzung des Obersten Rates zu halten, die an Sensation noch die Eröffnungsrede des Staatssekretärs Hughes auf der Washingtoner Konferenz übertrifft. Der englische Ministerpräsident soll die Absicht haben, in dieser ersten Sitzung seine großen Projekte zu entrollen, und diese betreffen in der Hauptsache:

die Räumung des linken Rheinufers, den Wiederaufbau Rußlands und finanzielle Hilfe für Deutschland, um dieses in die Lage zu versetzen, seinen Rußland zu helfen, ohne daß aber dadurch der Stand des Bund Biering Schaden erleiden dürfte. Lord George wird auch seine großen Pläne zur Rettung Europas darlegen, die nach Befürchtungen französischer Kreise darauf hinauslaufen würden, alle französischen Forderungen auf die Zahlung weiterer Goldmilliarden durch Deutschland zu nichte zu machen und nur die Naturalieferungen anfrucht zu erhalten. Dafür würde Lord George auf die Rückzahlung der französischen Schulden Verzicht leisten.

### Das Echo an der Seine.

(Wagner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)  
Paris, 5. Jan. Der Sonderberichterstatter des „Temps“ widerlegt die Mitteilung von der morgigen zu erwartenden großen Rede Lond Georges und erklärt, daß die geistige Unterredung zwischen Lond George und Briand etwas Deutlicher nicht voraussagen lasse. Nach dem „Temps“ wird sich Lond George in seiner Rede nur mit den deutschen Zahlungen beschäftigen, um den Wünschen Frankreichs in dieser Hinsicht zu entsprechen. Dabei wird er dem Wunsch Ausdruck geben, daß die Angelegenheit in einem franko-englischen Sinne entschieden werde.

### Bisher allseitige Befriedigung.

(Wagner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)  
London, 5. Jan. Eine Erregungsbewegung befragt: Bisher sei keinerlei Uebereinkunft bezüglich des Programms der Konferenz des Obersten Rates erfolgt worden. Lond George, der der Ansicht sei, daß die Frage der Reparation vom wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas abhängt, möchte diese Frage gern an die Spitze des Programms setzen. Briand stelle sich jedoch auf einen anderen Standpunkt, und bestimmte Redungen aus Cannes belegen, Briand sei von seiner geistigen Unterredung mit Lond George sehr befriedigt. Er habe erklärt, man sei vorwärts gekommen, und seiner Ansicht nach werde man die Grundlagen für ein neues Europa legen. Auch Lond George habe durchsagen lassen, daß er von dem Ergebnis der geistigen Unterredung befriedigt sei. — Außerdem wird noch aus Cannes gemeldet, in Londonkreisen beachte man die auf bestimmte Informationen bearbeitete Nachricht, daß, wenn ein Plan für die finanzielle Neuordnung Europas von Lond George und Briand aufgestellt werde, die Beteiligten Staaten sich bereit erklären würden, mitzuwirken. (W. T. N.)

### Eine Erklärung des englischen Schatzkanzlers

(Wagner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)  
Paris, 5. Jan. Der englische Schatzkanzler Dorne erklärte dem Vertreter der „Daily Mail“, daß in Cannes die Frage entschieden werden müsse, ob Deutschland tatsächlich vor der Gefahr des Zusammenbruchs stehe oder ob es die Mittel zu betragen vermag. „Daily Mail“ schreibt, daß die Engländer sich auf der Konferenz bemühen würden, Zahlungsmodalitäten in einer Weise festzusetzen, daß sowohl die Verbündeten dadurch vollkommen befriedigt würden, als auch die gemeinsamen industriellen Interessen Europas vor Schaden bewahrt blieben. Jedenfalls seien die Engländer entschlossen, in Cannes das entscheidende Gewicht in der Reparationsgeschichte zu schlagen.

### Englands Bedingungen für ein Defensivbündnis mit Frankreich.

(Wagner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)  
Cannes, 5. Jan. Hier verlautet gerücheltweise, daß Briand noch immer ein Defensivbündnis mit England abzuschließen wünsche. England werde jedoch zur Vorbedingung eines solchen Bündnisses machen, daß Frankreich zu Lande teilweise, zur See vollständig abzurüde und insbesondere die Unterseebootflotte aufgeben. Amerikanische Einflüsse sollen in Cannes ein Werk sein, die England veranlassen, für die Durchführung dieses Projektes einzutreten.

### Die Umwandlung der belgischen Priorität in Naturalieferungen.

(Wagner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)  
Cannes, 5. Jan. Unmittelbar nach Eintreffen des Finanzministers Doumer sowie der französischen Abordnung hatte Briand eine erste Unterredung mit Doumer. Um 11 Uhr fand eine Zusammenkunft zwischen den Ministern statt, an der für Frankreich Doumer und Coucheur, für England Borthington Evans und Robert Horne und für Belgien Theunis und Jaspars teilnahmen. Man sprach über das Abkommen der Finanzkonferenz vom 13. August und über die belgische Priorität. Diese erste Besprechung dauerte nur 40 Minuten. Ihr folgte kurz darauf eine zweite, an der dieselben Persönlichkeiten und diesmal auch der italienische Vertreter teilnahmen. Für den Nachmittag war eine neue Besprechung der französischen, englischen und belgischen Minister anberaumt, an der auch die Italiener teilnahmen. Dabei wurde wiederum über die Reparationsfrage gesprochen. Man

gläubt, daß die belgische Abordnung in der Frage der Priorität zwar nicht nachgeben werde, daß sie aber als Veran für diese Naturalieferungen annehmen wolle. Man spricht davon, daß diese in Eisenbahnmateriale und in Eisen und Kohlen für den belgischen Rongro bestehen sollen. Die belgischen Minister haben, wie verlautet, auf Verlangen des belgischen Königs in diesem Sinne entschieden.

### Die deutsche Antwort an die Reparations-Kommission.

Berlin, 5. Jan. Die W. T. N. erzählt, hat die Deutsche Reparationskommission am 4. Januar abends der Reparationskommission eine Note überreicht. Darin wird die Uebermittlung der Antwort zu den von der Reparationskommission in ihrer Note vom 2. Dezember aufgeworfenen Fragen angekündigt. Im Ubrigen wird die Antwort ausgedrückt, daß mit Rücksicht auf den Zusammenhang der in der Note der Reparationskommission vom 16. Dezember gestellten Fragen mit den den Gegenstand von Besprechungen des Obersten Rates bildenden Angelegenheiten die deutsche Regierung auf keinen Widerstand rechnen werde, wenn sie sich gegenwärtig weiteren Verhandlungen zu diesen Angelegenheiten enthält. (W. T. N.)

### Amerikas Rat für Europa.

(Wagner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)  
London, 5. Jan. Die „Times“ meldet aus Washington: Amerika werde keine Vertreter in Cannes haben. Viel werde von ihren Beobachtungen abhängen. Wenn Europa sich nicht in erster Linie selbst helfe, sei es unmöglich, daß Amerika Europa helfe. Nach Ansicht der amerikanischen Regierung und des amerikanischen Volkes müsse Europa zwei Dinge ohne Verlust tun. Es müsse den Streit über die deutschen Reparationen beenden und seine Verhandlungen auf das Friedensmaß herabziehen.

### Die China-Fälle.

(Wagner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)  
Paris, 5. Jan. Nach einer Davis-Meldung aus Washington sollen Spanien, Deutschland und Rußland, die an der Frage der chinesischen Note interessiert sind, aufgefordert werden, an der zu bildenden internationalen Kommission teilzunehmen. (W. T. N.)

### Kraffin über die Unzulänglichkeit des Wirtschaftskongresses.

(Wagner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)  
London, 5. Jan. Kraffin hat sich gegenüber einem Vertreter der „Times“ über den Plan ausgesprochen, ein internationales Kapitalienkongress mit einem Kapital von 20 Millionen Pfund Sterling zu gründen, das Rußland wieder auf die Beine helfen soll. Er betrachtet den Plan als durchaus unzureichend, um die Bedürfnisse Rußlands wirklich zu befriedigen. Es sei zurzeit für Rußland sehr schwierig, irgendwelche unmittelbaren Garantien zu geben, die als Sicherheit für den internationalen Handel dienen könnten, so lange der im Innern des Landes bestehende Zustand nicht durch formelle Friedensverträge anerkannt ist. Die Frage der Regelung des Handels mit Rußland müsse auf eine breitere internationale Grundlage gestellt werden. Rußlands Bedürfnisse seien zu groß, um von einer Privatgruppe befriedigt zu werden.

### Das Interesse der Alliierten für Rußland.

(Wagner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)  
Cannes, 5. Jan. Wie wir hören, hat Briand den Präsidenten der französischen Gewerkschaftskommission, Roubaud, um seine Ansicht über die Schwierigkeiten der russischen Wirtschaft zu hören. Roubaud soll sich für eine gewisse englische, französische und sonstige alliierte Intervention nach Moskau aussprechen.

### Ausweisung Awaloff-Bermonds.

Berlin, 5. Jan. Awaloff-Bermonds, der Vertreter der Spitze deutsch-russischer Normalen im Baltikum, ist durch Verfügung vom 16. Dezember mit Paris bis 17. Januar aus Berlin ausgewiesen worden. Seit Veranlassen erscheint hier ein Wochenblatt in deutscher und russischer Sprache „Wolna“ (Wolna), als dessen Herausgeber P. M. Awaloff genannt.

### Das Washingtoner Marine-Abkommen.

(Wagner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)  
Washington, 5. Jan. Das Marineabkommen, das kurz vor seiner Fertigstellung steht, wird folgende Artikel enthalten:

1. Bestimmungen über die Einschränkung der Tonnage, des Kalibers der Geschütze und die Zahl der Schiffsbesatzungen erster Klasse.
2. Bestimmungen über den Ertrag dieser Einheiten nach einem für jede Nation aufgestellten Programm.
3. Bestimmungen über die Flugzeugbegleitung.
4. Bestimmungen über die Leichten Kreuzer.
5. Bestimmungen über die Anwendung der Unterseeboote und das Verbot, Handelsschiffe zu Kriegszwecken zu verwenden.

Das Abkommen wird ferner Bestimmungen über die Verwendung von Bomben in Luftkriege enthalten und bestimmte Regeln für den Bau von Schiffen auf Privatwerken für Rechnung fremder Staaten aufstellen. Bestimmungen über die künftige Kriegsführung sollen ebenfalls erlassen werden, namentlich über die Kriegsführung gegen solche Mächte, die das Abkommen nicht unterzeichnet haben. Auch die Aufstellung der Weisheit an Bord der Einheiten erster Klasse soll geregelt werden. Ferner wird das Abkommen Bestimmungen über die Einberufung periodischer Konferenzen geben, die Veränderungen an den Bestimmungen des jetzt abzuschließenden Vertrages vornehmen könnten. Das Abkommen ist so weit vorgeschritten, daß das Marinekomitee wahrscheinlich heute eine Sitzung abhalten kann. Man spricht auch von einer Vollziehung der Konferenz am Freitag oder Sonnabend.

### Unabhängige und Mehrheitssozialisten.

Die Unabhängigen sind seit der Trennung von den Mehrheitssozialisten ihres vereinten Taktens nie recht froh geworden. Ihr Gemüt blieb gespalten und so gah immer wieder zurück nach der alten Gemeinschaft, wenn sie sich auch des Prinzips halber zunächst spröde stellten und so taten, als sei das Band zwischen ihnen und der großen Partei für immer zerbrochen. Als dann 1920 auf dem Parteitag in Halle die Kommunisten abspalteten, sah die Partei das Gewicht der Einsamkeit noch schwerer als vorher auf den unabhängigen Eigenbröttern und immer häufigere Wechselside flohen hinüber zu den ehemaligen Genossen. Immer heißere Sehnsüftsienzen ätzten hin zu den früheren Weggefährten. Auf Seiten der Mehrheitssozialdemokraten blieb man gegenüber solchen deutschen Reden einer unaufrichtbaren Unabhängigkeit feindsüchtig nicht ungerührt, um so weniger, als dort von Anfang an die Ueberzeugung vorgeherrschte, daß alte Liebe nicht rotten könne und daß die Rücksicht auf die Einheitsfront des „Proletariats“ schließlich alle Gemütsüberwinden und die im Grunde ihres Herzens beiderseits nacheinander Schmachenden wieder zusammenführen werde. Daß die Unabhängigen auf jeden Fall bei der Mehrheitssozialdemokratie offene Arme finden werden, darüber liegen die Meinungen der mehrheitssozialistischen Führer in der Parteipresse keine Zweifel übrig. So stehen die Dinge im Angesicht des Leipziger Parteitages der Unabhängigen, der am Sonntag in Leipzig eröffnet wird.

Die Presse beider Richtungen hat sich bereits längere Zeit vor dem Zusammentritt des Parteitages mit der Einigungsfrage eingehend beschäftigt und ein Ueberbild über die verschiedenen Auffassungen ergibt das Bild, daß die mehrheitssozialistischen Organe überwiegend günstig urteilen, während die unabhängigen Blätter zurückhaltender sind, weil sie vor dem Radikalismus ihres linken Flügels Dampfen haben. Der rechte Flügel der Unabhängigen, der unperfektbar mit einem unüberwindlichen Impuls der Einigung entgegensteht und von Diferding und Breitfeld geführt wird, fühlt sich gegenüber dem robusten Gebaren des unter der Fuchtel von Erlipien und Ledebour stehenden linken Flügels augenscheinlich ziemlich unbehaglich und pendelt „parteilos zwischen Kraft und Willen“ hin und her. Die Mehrheitssozialisten haben sich alle Mühe gegeben, die schwankenden Rechtsunabhängigen aufzumuntern und ihnen die Vorteile der Einigung in den rotesten Farben auszumalen. Der Reichstagspräsident Paul Löbe erklärt im „Vorwärts“, die bisherige Taktik der Unabhängigen könne lediglich dazu dienen, die gesamte Arbeiterbewegung abwärts zu bringen. In der gegenseitigen Ergänzung aber, in dem verhandigen Zusammenwirken werde beiden Seiten ebenso sehr wie der Gesamtheit genützt. Die Mehrheitspartei werde dadurch einen Zuwachs von tüchtigen Theoretikern und Praktikern erhalten, sie erbe einen gewissen Fonds von Vertrauen, den die Unabhängige Partei im Ausland zweifellos erworben habe. Die Unabhängigen wiederum kämen aus einer hoffnungslosen Mittelstellung heraus, die weder ihrem rechten, noch ihrem linken Flügel behagte. Vor allen Dingen aber würde die Einigung beider Richtungen in Deutschland ein wichtiger Schritt zur internationalen Einheitsfront der Arbeiterklasse werden, die angedacht der bevorstehenden Internationalisierung des Großkapitals als eine Vorbedingung künftiger Erfolge erscheine.

Vom Standpunkt der psychologischen Erkenntnis der Sozialdemokratie ist in den Auslassungen Löbes besonders interessant der Hinweis auf die internationale Wirkung des Zusammenschlusses. Man denke in demselben Augenblick, wo ein französischer Sozialist erklärt, daß in Frankreich selbst die Kommunisten eingeschlossene Nationalisten seien, und wo fast in aller Herren Ländern die gesamte Arbeiterbewegung sich krampfhaft auf den Boden der nationalen Interessen stellt, bedient sich der Führer des Deutschen Reichstages als Vorworts gegenüber den Unabhängigen der abstraktesten Phrasen von der Internationalität der Arbeiterklasse und sucht den Unabhängigen damit zu schmeicheln, daher als eine für die Mehrheitssozialisten besonders empfehlenswerte Eigenschaft das Vertrauen hervorhebt, das sich die ehemaligen Parteigenossen angedreht im Ausland errungen hätten! Für die psychologische Einwirkung der Mehrheitssozialdemokratie ist noch eine weitere Äußerung bezeichnend, die sich im Hamburger „Echo“ findet und darin besteht, daß den Mehrheitssozialisten „weit näher als der Gedanke einer Koalition mit der immer noch in privater kapitalistischer Interessenwahrnehmung befangenen Sozialpartei auch heute noch die Wiedervereinigung mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei“ sei. Aus dieser Offenherzigkeit ist zu ersehen, daß die Koalitionsfrage zum mindesten von einem Teile der Mehrheitssozialdemokratie nicht in dem Sinne einer loyalen, innerlich gern gewährten Mitarbeit mit den bürgerlichen Parteien zusammen zum Wohle des Ganzen aufgeführt wird, sondern daß noch immer die Andäunung Anhang findet, wonach das Zusammenwirken mit den bürgerlichen Parteien für die Sozialdemokratie lediglich ein notwendiges Übel ist, von dem sie sich so bald als möglich befreien müsse. Die Mehrheitssozialdemokratie kann sich von der Vorstellung nicht frei machen, daß sie herufen sei, in der Regierung des neuen demokratischen Deutschlands eine führende, beherrschende, alle anderen Parteien überragende Rolle zu spielen, und da die Bürgerlichen diesen durch nichts begründeten Anspruch keinesfalls abgeben können, sondern auf der Einordnung der Sozialdemokratie in Reich und Glied bestehen müssen, so schließt das sozialdemokratische Denken immer aufs neue zu der Vereinigung mit den Unabhängigen hin, um bei den zu